

**Antrag**

Fraktion der FDP

Hannover, den 24.10.2014

**Missbilligung**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Die Landesregierung hat bei der Beantwortung von Zusatzfragen im Rahmen der Beantwortung der Dringlichen Anfrage „Der Bund will die Kommunen fördern - die Landesregierung nicht?“, einer Anfrage der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/2194, im Landtag die Unwahrheit gesagt.

Nachdem die Ministerin den Eindruck erweckt hatte, dass es der Landesregierung gelinge, die Mittel des Bundes für die Städtebauförderung mit Komplementärmitteln des Landes auszustatten, hatte der Abgeordnete Christian Dürr die Landesregierung gefragt, ob im Jahr 2014 tatsächlich sämtliche Mittel des Bundes im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in Höhe von 14 Millionen Euro abgerufen würden. Die Ministerin hat in ihrer Beantwortung der Zusatzfrage nachweislich des stenografischen Protokolls erklärt, dass dies der Fall sei. Nach Auskunft des Sozialministeriums im Rahmen der Haushaltsberatungen entspricht dies gleichwohl nicht den Tatsachen. Vielmehr würden über 40 % der Bundesmittel verfallen.

Der Landtag missbilligt, dass die Landesregierung die Unwahrheit gesagt hat, und fordert den Ministerpräsidenten auf, die Ministerin für dieses Verhalten zu rügen.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer